



Ausschuß für Haushaltskontrolle

37. Sitzung (nicht öffentlich)

28. September 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.00 Uhr

Vorsitz: Rolf Seel (CDU)

Stenographin: Simona Roßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)** 1

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/4200

Vorlage 12/2900

Einzelplan 13 - Landesrechnungshof NRW

Der Ausschuß nimmt den Gesetzentwurf einstimmig an.

2 Landeshaushaltsrechnung 1997 und Jahresbericht des Landesrechnungshofs über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 1998

1

Drucksache 12/3968 und 12/3969

Zu **Abschnitt 13** - Anmietung von Teilen eines noch zu errichtenden Gebäudes zur Unterbringung eines Ministeriums - beschließt der Ausschuß mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN, den Beschlußvorschlag der Koalitionsfraktionen anzunehmen und den der CDU abzulehnen (s. Anlagen).

Zu **Abschnitt 24** - Abrechnung städtebaulicher Sanierungsmaßnahmen - beschließt der Ausschuß mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Beschlußvorschlag der Koalitionsfraktionen anzunehmen und den der CDU abzulehnen (s. Anlagen).

Zu **Abschnitt 25** - Prüfung von Stadterneuerungsmaßnahmen durch die Staatlichen Rechnungsprüfungsämter - beschließt der Ausschuß mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN, den Beschlußvorschlag der Koalitionsfraktionen anzunehmen und den der CDU abzulehnen (s. Anlagen).

Abschnitt 26 - Kommerzielle Nutzung einer Veranstaltungshalle - wird auf die nächste Sitzung vertagt.

Zu **Abschnitt 27** - Veranschlagung der Mittel für die Förderung von Stadterneuerungsmaßnahmen - beschließt der Ausschuß mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN, den Beschlußvorschlag der Koalitionsfraktionen anzunehmen und den der CDU abzulehnen (s. Anlagen).

Abschnitt 34 - Mängel bei der Beteiligungsverwaltung - wird auf die nächste Sitzung vertagt.

Zu **Abschnitt 35** - Eingang eines Kaufpreises - wird der gemeinsame Beschlußvorschlag - CDU-Vorschlag ohne den letzten Absatz - (s. Anlagen) einstimmig angenommen.

Zu **Abschnitt 37** - Wahrnehmung staatlicher Aufgaben durch juristische Personen des Privatrechts - beschließt der Ausschuß mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN, den Beschlußvorschlag der Koalitionsfraktionen anzunehmen und den der CDU abzulehnen.

3 Verschiedenes

4

Der Ausschuß verständigt sich darauf, die von Dr. Harald Pohlmann (CDU) gestellte Frage in der nächsten Ausschußsitzung unter Punkt "Verschiedenes" zu behandeln und dem zuständigen Sozialministerium die Frage zur Vorbereitung auf die Sitzung vorab zuzuleiten.

Nächste Sitzung: 2. November 1999

Aus der Diskussion

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/4200

Vorlage 12/2900

Einzelplan 13 - Landesrechnungshof NRW

Kein Diskussionsprotokoll (*siehe Beschlußteil*).

2 Landeshaushaltsrechnung 1997 und Jahresbericht des Landesrechnungshofs über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 1998

Drucksache 12/3968 und 12/3969

Zu **Abschnitt 13** - Anmietung von Teilen eines noch zu errichtenden Gebäudes zur Unterbringung eines Ministeriums - verweist **Vorsitzender Rolf Seel** auf die beiden vorliegenden Beschlußvorschläge (s. Anlagen).

Die Auffassung der Regierungsfractionen, die Unterbringungsvorhaben des Landes öffentlich auszuschreiben, stimme mit der des Landesrechnungshofs überein, führt **Elke Talhorst (SPD)** an. Im Gegensatz zur CDU wolle man der Landesregierung keine Rüge erteilen. Zudem sei die schon 1993 von der Landesregierung beschlossene gleichberechtigte Behandlung von Leasing, Mietkauf, Investorenbau usw. zu begrüßen.

Vorsitzender Rolf Seel bestätigt, in dem CDU-Vorschlag werde eine Rüge ausgesprochen. Er lasse daher über beide Beschlußvorschläge getrennt abstimmen.

Abstimmungsergebnis siehe **Beschlußteil**.

Vorsitzender Rolf Seel stellt fest, auch zu **Abschnitt 24** - Abrechnung städtebaulicher Sanierungsmaßnahmen - lägen zwei Beschlußvorschläge vor (s. Anlagen).

Beschluß SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beschlußvorschlag zum Jahresbericht des Landesrechnungshofs 1999 zur Sitzung des Ausschusses für Haushaltskontrolle am 28. September 1999

Abschnitt 13: Anmietung von Teilen eines noch zu errichtenden Gebäudes zur Unterbringung eines Ministeriums

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle teilt die Auffassung des LRH, wonach Unterbringungsprojekte des Landes öffentlich auszuschreiben sind und die Ausschreibung für alle technischen, rechtlichen und finanziellen Realisierungsprojekte offen sein muss.

Der Ausschuss begrüßt deshalb, dass die Landesregierung bereits Ende 1993 beschlossen hat, die verschiedenen zur Deckung des Raumbedarfs des Landes möglichen Lösungswege wie Eigenbau, Investorenbau, Leasing, Mietkauf oder Miete haushaltsrechtlich grundsätzlich als gleichberechtigt anzusehen.

Der Ausschuss erwartet, dass die vom LRH aufgeführten Voraussetzungen und insbesondere die Beachtung des Wirtschaftlichkeitsprinzips von Behörden und Ministerien im Rahmen der Neuordnung der Liegenschaftsverwaltung des Landes NRW von der Landesregierung aufgegriffen werden und dabei sichergestellt wird, dass die wirtschaftlichste Lösung im Rahmen der politischen Leitentscheidungen der Landesregierung erreicht wird.

Beschluß SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beschlußvorschlag zum Jahresbericht des Landesrechnungshofs 1999
zur Sitzung des Ausschusses für Haushaltskontrolle
am 28. September 1999

Abschnitt 24: Abrechnung städtebaulicher Sanierungsmaßnahmen

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle rügt die säumige Abwicklung der Bezirksregierung bei der Abrechnung der Fördermittel für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen.

Er begrüßt

- den vom LRH angeregten Runderlass vom 24.3.1999 an alle Bezirksregierungen,
- dass aufgrund der inzwischen eingeleiteten Schritte des MASSKS die offenen Sanierungsmaßnahmen bis Ende 2000 abgerechnet werden, und
- dass das Dezentralisierte Zuwendungsverfahren - DEZug - auch mit der Städtebauförderung bei allen Bezirksregierungen installiert wurde und zur Anwendung kommt.

Damit ist dem Petitum gefolgt.

Beschluß SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Beschlußvorschlag zum Jahresbericht des Landesrechnungshofs 1999
zur Sitzung des Ausschusses für Haushaltskontrolle
am 28. September 1999**

Abschnitt 25: Prüfung von Stadterneuerungsmaßnahmen durch die staatlichen Rechnungsprüfungsämter

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle begrüßt, dass durch die Prüfung der staatlichen Rechnungsprüfungsämter Mittel, die nicht dem Förderzweck entsprechen, rückerstattet werden.

Durch eine Änderung der Förderrichtlinien zum Jahresende wird die Einhaltung des Förderzwecks weitgehend gewährleistet.

Der Ausschuss sieht damit die Angelegenheit als erledigt an.

Beschluß SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Beschlußvorschlag zum Jahresbericht des Landesrechnungshofs 1999
zur Sitzung des Ausschusses für Haushaltskontrolle
am 28. September 1999**

Abschnitt 27: Veranschlagung der Mittel für die Förderung von Stadterneuerungsmaßnahmen

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle begrüßt das mit dem Finanzministerium erzielte Einvernehmen, den jährlichen Finanzrahmen für die Stadterneuerung im Haushaltsplan näher zu erläutern. Die zusätzlichen Erläuterungen entsprechen auch den Vorstellungen des Ausschusses, die Auswirkungen der Förderung von Stadterneuerungsmaßnahmen auf den politischen Gestaltungsspielraum in künftigen Jahren überschaubar zu machen.

Beschluß SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Beschlußvorschlag zum Jahresbericht des Landesrechnungshofs 1999
zur Sitzung des Ausschusses für Haushaltskontrolle
am 28. September 1999**

Abschnitt 35: Eingang eines Kaufpreises

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle begrüßt die Prüfung des Landesrechnungshofs.

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle teilt die Auffassung des Landesrechnungshofs, dass das Finanzministerium alles daransetzen muss, die Ansprüche des Landes zu realisieren.

Beschluß SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Beschlußvorschlag zum Jahresbericht des Landesrechnungshofs 1999
zur Sitzung des Ausschusses für Haushaltskontrolle
am 28. September 1999**

**Abschnitt 37: Wahrnehmung staatlicher Aufgaben durch juristische
Personen des Privatrechts**

Das Minsiterium hat dem Landesrechnungshof mit Schreiben vom 14.09.1999 mitgeteilt, dass der Entwurf eines Beleihungs- und Geschäftsbesorgungsvertrages vorliegt.

Den Bedenken und Anregungen des Landesrechnungshofs wird mit dem Abschluss dieses Vertrages Rechnung getragen.

Das vom Landesrechnungshof vorgeschlagene Verfahren wird ab dem 01.01.2000 eingeführt.

Der Ausschuss sieht damit die Angelegenheit als erledigt an.

CDU-Landtagsfraktion
Arbeitskreis 7 - Haushaltskontrolle

27. September 1999

Sitzung des
Ausschusses für
Haushaltskontrolle
am 28.09.1999

Jahresbericht Landesrechnungshof 1999

Beschlußvorschlag zu Ziffer 13 Anmietung von Teilen noch zu errichtenden Gebäudes zur Unterbringung eines Ministeriums

Der Ausschuß für Haushaltskontrolle rügt die Landesregierung, weil sie vor der langfristigen Anmietung von Teilen eines noch zu errichtenden Gebäudes für das ehemalige Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales nicht im ausreichenden Maße untersucht hat, ob dies die wirtschaftlichste Unterbringung war.

Da auch nach Ansicht des Landesrechnungshofes Zweifel darüber aufkommen, ob und wie die Umsetzung der Kabinettsentscheidung von 1993 zur Wahrung des Wirtschaftlichkeitsgebots in der Verwaltungspraxis gesichert ist, fordert der Ausschuß für Haushaltskontrolle die Landesregierung auf in Zukunft zur Vermeidung ähnlicher Fälle Vorsorge zu treffen und entsprechende Regelungen zu erlassen und den Vorschlägen des Landesrechnungshofes zu folgen.

Der HKA bittet den Landesrechnungshof zu gegebener Zeit erneut zu überprüfen, ob und wie die Umsetzung der Kabinettsentscheidung von 1993 in der Verwaltungspraxis erfolgt.

**CDU-Landtagsfraktion
Arbeitskreis 7 - Haushaltskontrolle**

22. September 1999

Sitzung des
Ausschusses für
Haushaltskontrolle
am 28.09.1999

Jahresbericht Landesrechnungshof 1999

**Beschlußvorschlag zu Ziffer 24 Abrechnung städtebaulicher
Sanierungsmaßnahmen**

Der Ausschuß für Haushaltskontrolle bemängelt die vom Landesrechnungshof festgestellten erheblichen Verzögerungen beim Abschluß städtebaulicher Sanierungsmaßnahmen und bei der Abrechnung der Fördermittel. Er rügt, daß Verwendungsnachweise nicht angefordert bzw. über Jahre hinweg unbearbeitet blieben.

Der Ausschuß für Haushaltskontrolle erwartet, daß das Land den Bewilligungsbehörden geeignete Überwachungsinstrumente zur Verfügung stellt und begrüßt insofern den Runderlaß des MASSKS an die Bezirksregierungen sowie die Installation von DeZug. Er fordert die Landesregierung auf den Fördermittelbedarf in Zukunft exakt zu ermitteln, damit die in vielen Fällen zu hoch veranschlagten Fördermittel anderweitig genutzt werden können.

Der HKA fordert das MASSKS auf, die Ergebnisse des Sachstandsberichtes der Bezirksregierungen dem Ausschuß zuzuleiten. Er bittet den Landesrechnungshof zu gegebener Zeit erneut zu überprüfen, ob die Abrechnung städtebaulicher Sanierungsmaßnahmen korrekt erfolgt.

**CDU-Landtagsfraktion
Arbeitskreis 7 - Haushaltskontrolle**

22. September 1999

Sitzung des
Ausschusses für
Haushaltskontrolle
am 28.09.1999

Jahresbericht Landesrechnungshof 1999

**Beschlußvorschlag zu Ziffer 25 Prüfung von Stadterneuerungs-
maßnahmen durch die Staatlichen
Rechnungsprüfungsämter**

Der Ausschuß für Haushaltskontrolle rügt die von den Staatlichen Rechnungsprüfungsämter festgestellten Verstöße gegen die Förderbedingungen bei Stadterneuerungsmaßnahmen. Insbesondere das Fehlerspektrum, daß durch die Prüfungen der Rechnungsprüfungsämter festgestellt wurde, ist besorgniserregend und erfordert dringend Handlungsbedarf.

Der Ausschuß für Haushaltskontrolle fordert deshalb das MASSKS auf, bei der Novellierung der Förderrichtlinie Stadterneuerung Regelungen vorzusehen, die den subsidiären Charakter der Zuwendungen und die Einhaltung des Förderzweckes möglichst wirksam gewährleisten. Er bittet den Landesrechnungshof seine Prüftätigkeit fortzusetzen.

**CDU-Landtagsfraktion
Arbeitskreis 7 - Haushaltskontrolle**

22. September 1999

Sitzung des
Ausschusses für
Haushaltskontrolle
am 28.09.1999

Jahresbericht Landesrechnungshof 1999

**Beschlußvorschlag zu Ziffer 27 Veranschlagung der Mittel für die
Förderung von Stadterneuerungs-
maßnahmen**

Der Ausschuß für Haushaltskontrolle bemängelt die von Landesrechnungshof festgestellte mangelnde Haushaltstransparenz bei der Veranschlagung von Mitteln für die Förderung von Stadterneuerungsmaßnahmen. Der Haushaltsplan erhielt in den Vergangenheit keine Erläuterungen zu den Veranschlagungen.

Da das Finanzministerium die Anregungen des Landesrechnungshofes aufgegriffen hat und den jährlichen Finanzrahmen für die Stadterneuerung nach den Grundsätzen der Haushaltstechnischen Richtlinie im Entwurf des Haushaltsplans 2000 näher erläutert hat, betrachtet der Ausschuß für Haushaltskontrolle die Sache als erledigt.

**CDU-Landtagsfraktion
Arbeitskreis 7 - Haushaltskontrolle**

27. September 1999

Sitzung des
Ausschusses für
Haushaltskontrolle
am 28.09.1999

Jahresbericht Landesrechnungshof 1999

Beschlußvorschlag zu Ziffer 35 Eingang eines Kaufpreises

Der Ausschuß für Haushaltskontrolle bemängelt, daß der dem Land zustehende Erlös in Höhe von 20 Mio. DM aus dem Verkauf eines Grundstückes im Jahr 1991 bisher nicht vollständig eingegangen ist.

Der Ausschuß für Haushaltskontrolle fordert das Finanzministerium auf, die Ansprüche des Landes zügig zu realisieren und den Ausschuß zu unterrichten.

Der HKA bittet den Landesrechnungshof zu gegebener Zeit erneut zu überprüfen, ob und wann die noch ausstehenden 14,1 Mio DM eingegangen sind.

**CDU-Landtagsfraktion
Arbeitskreis 7 - Haushaltskontrolle**

27. September 1999

Sitzung des
Ausschusses für
Haushaltskontrolle
am 28.09.1999

Jahresbericht Landesrechnungshof 1999

**Beschlußvorschlag zu Ziffer 37 Wahrnehmung staatlicher Aufgaben
durch juristische Personen des
Privatrechts**

Der Ausschuß für Haushaltskontrolle erwartet vom Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr, daß es die Anregungen des Landesrechnungshofes, verstärkt dazu überzugehen, staatliche Aufgaben auf dem Gebiet der Gewährung von Zuwendungen durch juristische Personen des Privatrechts wahrnehmen zu lassen, in die Praxis umsetzt.

Er begrüßt deshalb, daß bereits ein Entwurf eines Beleihungs- und Geschäftsbesorgungsvertrages vorliegt und bittet die Landesregierung auch zu prüfen, ob in anderen Förderbereichen entsprechend verfahren werden kann.